

Volkswirtschaft.

Die Geldhamster.

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß jede Krisenzeit den Bedarf an Zahlungsmitteln stark anschwellen läßt. Viele durch den Gang der Ereignisse beunruhigte Kreise sehen dann für gewöhnlich ihr Heil in der Anhäufung möglichst großer flüssiger Mittel. Vor einer derartigen Erscheinung stehen wir auch augenblicklich, obwohl die rein wirtschaftliche Lage in der letzten Zeit eine nur wenig merkliche Verschärfung erfahren hat. Freilich, der Anlagemarkt an der Börse hat seine Aufnahmefähigkeit eingebüßt und von Seite des Postsparkassenamtes geschieht viel zu wenig, um die Kurse auf einem befriedigenden Stand zu halten. Im Finanzministerium sieht man seinerseits dem Wirrwarr, der jetzt in unserem Zahlungsmittelverkehr und im Anleihemarkt einzureißen beginnt, mit verschränkten Armen zu und läßt die Dinge ihren Gang nehmen. Dort fällt es auch niemand ein, den vielen Gerüchtverbreitern das Handwerk zu legen, die mit ihrem unstimmen Gerede nicht wenig dazu beitragen, daß das Publikum seit ein paar Tagen ganz enorme Beträge von den Banken und Sparkassen zurückzieht. Die einen salbadern, daß eine Beschlagnahme der Bank- und Sparkassenguthaben zu befürchten sei und die andern wiederum erklären geheimnisvoll, daß man in diesen unsicheren Zeiten nichts Besseres tun könne, als das Papiergeld zu Hause in Wollstrümpfen zu verwahren. Wieder andere streuen jetzt das frei erfundene Gerücht von einem bevorstehenden **Moratorium** aus und erzeugen damit Panikstimmungen bei den Einlegern, die sich in Massen an die Schalter der Banken drängen und dadurch jeden geordneten Zahlungsverkehr bereits für die nächste Zeit unmöglich machen. Genau so wie die Leute an der Börse, so haben eben auch die kleinen Sparer aus dem Volk unter dem Eindruck des großen Weltgeschehens die Nerven verloren, und momentan bleibt daher nichts anderes übrig, als Maßnahmen zu treffen, die die Wirkungen der Geldhamsterei abschwächen könnten.

Gegenüber der augenblicklichen Zahlungsmittelnot ist vorläufig als bestes Mittel die Vermehrung der umlaufenden Noten anzuführen, und zwar bis zur vollen Deckung des Bedarfes. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank arbeitet auch, wie ein **Communiqué** versichert, unter voller Ausnützung ihrer Be-

triebsanlagen und wird in kurzer Zeit in der Lage sein, den Bedarf an Papiergeld voll zu decken. Dadurch werden die Banken und Sparkassen instand gesetzt, sich mit den notwendigen Vermitteln zu versehen und die Ansprüche des abhebenden Publikums zu befriedigen. Kleinere und mittlere Beträge von mehreren tausend Kronen kommen anstandslos zur Auszahlung und nur dort, wo es sich um große Summen mit 100.000 Kronen und darüber handelt, kommt ein veränderter Zahlungsverkehr in Anwendung. In diesem Falle wird ein Teil des abzurufenden Betrages in Banknoten und der Rest in Abistakassenscheinen der Oesterreichisch-Ungarischen Bank oder in Darlehenskassenscheinen ausbezahlt. Die technischen Schwierigkeiten, mit denen die Notenbank augenblicklich zu kämpfen hat, dürften übrigens bereits im Laufe der nächsten Woche behoben sein und dann wird jede Geldabhebung nur noch in Banknoten beglichen werden. Wie uns von dem Leiter einer der größten Wiener Sparkassen mitgeteilt wird, mehrt sich übrigens bereits die Zahl der Vermünftigen, die ihre Gelder in die Sparkasse tragen.

Eine weitere in Deutschland vielfach angewendete Maßnahme zur Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln besteht in der Ausgabe von Notgeld, so wie es jetzt von der Gemeinde Wien in Umlauf gebracht werden wird. Dieses Notgeld erfordert bei seiner Herstellung weniger technische Feinheiten und der Termin, innerhalb dessen es hergestellt werden kann, ist daher wesentlich kürzer als der für Banknoten. Neben diesen praktischen Maßnahmen wird eine Erschwerung des Samsterns im großen, beispielsweise durch ein Verbot der Aufnahme von Noten in Safes ganz wesentlich zur Einschränkung der Unsitte beitragen, die zu der jetzigen Zahlungsmittelnot geführt haben. Dort freilich, wo die Absicht einer Hinterziehung von Steuern bezw. einer Verschleierung des Vermögensstandes gegeben ist, würde nur eine sofortige Einhebung der Kriegsgewinnsteuer helfen, sonst werden die Kriegsgewinner jetzt völlig der Besteuerung entzogen. Das wäre eine der ersten Aufgaben der neuen Nationalregierungen.

Kein Moratorium.

Amlich wird festgestellt, daß ein Moratorium gar nicht erwogen wurde. Die Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Moratorium in keiner Hinsicht für gerechtfertigt halten und sei in voller Uebereinstimmung mit den Kreditinstituten der Meinung, daß eine solche Verfügung von den schädlichsten Folgen begleitet sein würde. Den vorübergehend aufgetretenen Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Banknoten wird, versichert die amtliche Rundgebung, durch verschiedene Auskunftsmitel in kürzester Zeit abgeholfen werden; vor allem wird die Notenfabrikation in den nächsten Wochen wesentlich gesteigert. Außerdem werden dem Verkehr Kassenscheine der Kriegsdarlehenskasse, unverzinsliche Kassenscheine der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, bestätigte Schecks der Oesterreichisch-Ungarischen Bank und Kassenscheine der Stadt Wien zur Verfügung gestellt; endlich werden auch die in den Monaten November und Dezember 1918 und im Jänner 1919 fälligen Coupons der Kriegsanleihen der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienstbar gemacht, indem die Verfügung getroffen wird, daß sie bei einer Reihe öffentlicher Kassen und Konten schon vor der Fälligkeit an Zahlungskontakanzunehmen sind. Im privaten Verkehre besteht allerdings keine Verpflichtung zur Annahme dieser Ersatzzahlungsmittel, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie gleichwohl im Hinblick auf die gesicherte Umwechslung beziehungsweise Einlösung in Banknoten die gleichen Dienste wie diese leisten werden.